

# Wenig Interesse an „Kautsch“-Debatte

Am Samstag fand im Stadtteil Weingarten die „Heiße Kautsch“ statt – ein Diskussionsformat zur Kommunalwahl. Groß war das Interesse daran nicht: Organisatoren und Kandidierende blieben die meiste Zeit unter sich.

■ Von Stephanie Streif

**FREIBURG-WEINGARTEN** Am Samstagvormittag war der Fritz-Schieler-Platz neben dem Einkaufszentrum Weingarten zweigeteilt: hier der Markt, dort das Sofa. Eine halbe Stunde bevor die Wahlveranstaltung „Heiße Kautsch“ startete, war schon alles fix und fertig aufgebaut. Um die mit viel rotem Samt bezogene Kautsch hatten einige der Listen für die Kommunalwahl ihre Stände aufgebaut. Ebenfalls vor Ort – das Orga-Team des Formats, darunter Milena Vogt vom Nachbarschaftswerk, Johannes Koch vom Bürgerverein und Stefanie Rausch, Geschäftsführerin des Diakonievereins Freiburg-Südwest. Es sollte eine Informationsveranstaltung sein für die Menschen in Weingarten: 15 Listen hatten ihre Vertreterinnen und Vertreter geschickt, damit diese ihre Politik für den Stadtteil erläutern. Am Ende saßen diese sehr einvernehmlich nebeneinander auf dem Sofa. Kontroversen gab es keine.

Mit den Worten „Wahlhilfe in Weingarten“ war die Heiße Kautsch in der Stadtteilzeitung angekündigt worden. Doch kaum einer, der auf dem Markt oder im Einkaufszentrum einkaufen war, kam herüber, um zuzuhören, was die Kandidierenden an Ideen für den Stadtteil mitgebracht hatten. Alles wie immer: anstehen, einkaufen, nach Hause gehen. Auf die Frage, ob sie nachher noch kurz zur Wahlveranstaltung wollten, winkten die meisten ab – entweder weil sie kein Deutsch sprechen oder weil sie schnell wieder nach Hause müssten oder weil die Politik ohnehin mache, was sie wolle: Wofür also wählen ge-



**Sie saßen als erstes auf der "Kautsch": Felicia Fehlberg (Volt), Jasmin Schwarz (Urbanes Freiburg), Sophia Kilian (Junges Freiburg (von links). Daneben: Moderator Johannes Koch vom Bürgerverein Weingarten. FOTO: THOMAS KUNZ**

hen, gibt eine Frau zur Antwort. Ihren Namen will sie nicht nennen.

Der Stadtteil Weingarten ist für Wahlkämpferinnen und -kämpfer alles andere als ein einfaches Pflaster, wie die Zahlen aus dem Statistik-Portal der Stadt belegen: Etwa 54,5 Prozent der Menschen hier haben einen Migrationshintergrund und bei der letzten Kommunalwahl vor fünf Jahren lag die Wahlbeteiligung gerade mal bei 39,2 Prozent – und damit so niedrig wie in keinem anderen Stadtbezirk. Eine, die an diesem Vormittag zwischen den Marktständen steht und Wahl-Flyer verteilt, ist CDU-Stadträtin Irmgard Waldner. Sie wohnt auf der anderen Seite der Opfinger Straße und kenne Weingarten gut, erzählt sie. Auch ihr Eindruck ist an diesem Morgen, dass man mit der Kautsch-Aktion kaum auf Interesse stoße. „Leider“, sagt sie.

An Problemen mangelt es dem Stadtteil nicht. Das ist auch aus dem Frage-Antwort-Hin-und-Her zwischen Moderierenden

und Kandidierenden herauszuhören: Wohnungsnot, Nachverdichtung, Chancenungleichheit – über all das wird gesprochen. Dabei klingt immer wieder an, dass die Verwaltung hier sehr viel mehr tun könnte und auch müsste, wie – so die For-

mögen“, findet Lina Wiemer-Cialowicz (Grüne Alternative Freiburg).

Eine, die Weingarten gut kennt, ist Stefanie Rausch, Geschäftsführerin des Diakonievereins Freiburg-Südwest. Sie hört an diesem Vormittag gut zu, freut sich über den Austausch, wundert sich aber auch darüber, dass viele Gemeinderäte immer wieder beteuern, familienfreundliche Politik zu machen. Ihr Blick auf die Dinge ist ein anderer: „Viele Familien, gerade hier, leiden unter den gestiegenen Kosten“, sagt sie. Energie, Lebensmittel, Hygieneartikel – alles sei teurer geworden. Um Familien etwas von diesem Kostendruck zu nehmen, hätten Freiburgs Gemeinderäte an anderer Stelle sehr wohl für Entlastung sorgen können, findet sie – etwa bei Mieten, bei Kita-Beiträgen oder beim Eintritt ins Schwimmbad. Und Rausch weiter: „Für mich stellt sich die Frage, ob wir unterschiedliche Definitionen von Familienfreundlichkeit haben.“

**Kommunalwahl**

9. Juni 2024

derung von Gregor Mohlberg (Linke Liste) – „mehr Beratung in den Stadtteil zu verlagern oder zumindest die Quartiersarbeit personell wie finanziell besser auszustatten“ oder die „Kita-Beiträge herabzusetzen, statt sie, wie 2023 geschehen, zu er-